



Projektland: DR Kongo

Quartalsbericht: Januar bis März 2009

Schlagzeilen:

- Die weltweite Wirtschaftskrise trifft die DR Kongo hart. Der Staat steht kurz vor dem Bankrott.
- Im Nord-Osten haben ugandische und kongolesische Truppen gemeinsam Jagd auf die Rebellen der LRA gemacht.
- Ruandische und Kongolesische Truppen gingen im Nord-Kivu gemeinsam gegen die Rebellen der FDLR vor.
- Die kongolesische Regierung hat im Nord-Kivu Frieden mit den Rebellen der CNDP geschlossen. Deren Anführer, der „abtrünnige General“ Nkunda wurde in Ruanda verhaftet und befindet sich seitdem dort in „Arrest“. Seine Auslieferung in den Kongo wurde beantragt.
- Parlamentspräsident Vital Kamerhe, der dem Präsidentenbündnis der AMP angehört, hat auf massiven Druck seines eigenen Lagers seinen Rücktritt erklärt.
- Die Grenzstreitigkeiten zwischen Angola und der DR Kongo gehen, trotz der allgemein guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern, weiter. Angolanische Truppen besetzten im Berichtszeitraum einige kongolesische Ortschaften im Bas-Congo und hissten dort die angolanische Flagge.

1. Das gemeinsame Vorgehen ugandischer und kongolesischer Truppen

Seit etwa Dezember vergangenen Jahres machten gemeinsam ugandische und kongolesische Truppen Jagd auf die ugandische Rebellengruppe der LRA in der Provinz Orientale. Die gemeinsamen Aktionen wurden von den Präsidenten beider Länder als großer Erfolg gewürdigt und es wurde vereinbart, weiterhin gemeinsam gegen die LRA vorzugehen. Die ugandischen Soldaten sind mittlerweile wieder weitestgehend aus der DR Kongo abgezogen worden. Lediglich etwa 500 „Militärbeobachter“ sollen sich weiterhin im Land aufhalten.

Tatsächlich scheinen jedoch die gemeinsamen Militäraktionen eher weniger von Erfolg gekrönt gewesen zu sein. Konkrete Zahlen, wie viele Mitglieder der LRA gefasst, getötet oder nach Uganda zurückgekehrt sind, wurden nicht präsentiert. Es konnten zwar einige Stellungen der LRA zerstört werden, aber offensichtlich wurde die LRA von diesen Angriffen vorab informiert und ihre Mitglieder konnten fliehen. Dies hatte zur Folge, dass die LRA nun in Regionen vordrang, in denen sie vorab noch nicht aktiv war. Auf der Flucht wurden regelmäßig Dörfer überfallen. Auch scheint es Taktik der LRA zu sein, die Kinder aus den Dörfern zu entführen, um diese möglicherweise später als Kindersoldaten einzusetzen, und Massaker an der Dorfbevölkerung zu exekutieren, um damit den Druck auf die kongolesische Regierung zu erhöhen, ihre Aktionen zu beenden. Vor den gemeinsamen Aktionen beider Regierungen, war die LRA vor allem in der Region Haut-Uèle, im Dreiländereck Sudan-Uganda-DR Kongo präsent. Mittlerweile befinden sich jedoch auch zersplitterte Truppen der LRA in Bas-Uèle und auch schon in Nord-Ubangi bei der Stadt Gbadolite in der Provinz Equateur. In Haut-Uèle wurden etliche Massengräber gefunden.

Nach Abzug der ugandischen Armee nahm die LRA teilweise ihre alten Stellungen wieder ein und übte Vergeltung an der Zivilbevölkerung, da diese mit den Regierungsarmeen kooperiert hätte.

Für die Zivilbevölkerung bedeutete die gemeinsame Aktion zwischen den Armeen beider Länder sicherlich einen Rückschritt, da sich die Sicherheitslage für sie in den entsprechenden Regionen verschlechtert hat. Das gemeinsame Vorgehen ist jedoch auch positiv zu bewerten, da hierdurch die DR Kongo ernsthaft zum Ausdruck gebracht hat, an der Vertreibung der LRA aus dem Land interessiert zu sein. Genau dies hatte Uganda der DR Kongo immer wieder vorgeworfen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Vorgehen im Konsens sich nicht nur auf eine militärische Aktion gegen die LRA beschränkt, sondern dass auch in Zukunft bei gemeinsamen Problemen (bspw. Ausbeutung des Erdöls unter dem Albertsee) eine gemeinsame Lösung gesucht wird.

2. Die Lage in den beiden Kivu-Provinzen

Zu Beginn des Jahres überschlugen sich die politischen Ereignisse im Nord-Kivu um die Rebellengruppe der CNDP des „abtrünnigen Generals“ Nkunda. Zunächst erklärte der militärische Flügel der CNDP um den Militärführer Bosco Ntaganda, der vom internationalen Strafgerichtshof in den Haag mit Haftbefehl aufgrund mutmaßlicher Kriegsverbrechen gesucht wird, Nkunda für abgesetzt. Danach verkündete Bosco Ntaganda das Ende der Auseinandersetzung mit der kongolesischen Armee und den kongolesischen Hutu-Rebellen der Mai-Mai Gruppierung PARECO. Die CNDP hat sich demnach mit der kongolesischen Armee und den Mai-Mai Rebellen auf einen Waffenstillstand geeinigt und man gehe nun gemeinsam, zusammen mit der ruandischen Armee, die Rebellen der FDLR jagen. Am Samstag, den 17.01. schloss sich die PARECO diesem Waffenstillstand an. Im März wurde des weiteren vereinbart, dass die CNDP nun eine politische Partei sei und ihre Truppen in die kongolesische Armee integriert werden. Die Regierung verpflichtete sich, ein Amnestiegesetz für den Nord-Kivu, das alle Kriegsverbrechen seit 2003 betrifft, zu erlassen und alle gefangen genommenen Mitglieder der CNDP freizulassen. Ein entsprechendes Amnestiegesetz ist vom Parlament zwar schon verabschiedet worden, wurde aber vom Senat als „zu selektiv“ zurückgewiesen und ist nun Gegenstand neuer Beratungen im Parlament.

Nahezu zeitgleich kam es zum Einmarsch ruandischer Truppen im Nord-Kivu. Weder Bevölkerung, noch Parlament oder Senat waren über den Einmarsch der Truppen informiert. Der Einmarsch erfolgte aufgrund einer gemeinsamen Vereinbarung beider Länder vom 5. Dezember 2008, gemeinsam gegen die Rebellen der FDLR vorzugehen. Insgesamt befanden sich etwa 7.500 ruandische Soldaten in der DR Kongo. Diese kehrten angeblich vollständig Ende Februar wieder nach Ruanda zurück. Die Präsidenten beider Länder würdigten die gemeinsame Aktion als einen großen Erfolg. Die nackten Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: Es wurden 153 FDLR-Kämpfer getötet, 13 verletzt, 37 gefangen genommen und 103 sind nach Ruanda zurückgekehrt. Die Zahl der in der DR Kongo anwesenden FDLR-Rebellen wird auf 6.000 geschätzt.

Die gemeinsamen Aktionen sahen vor, dass die ruandischen Truppen in das Rebellengebiet der FDLR vordrangen und dort die Rebellenstrukturen vernichteten. Die kongolesische Armee sollte dann nachrücken. Hierzu ist es nicht immer gekommen, da die kongolesische Armee auch damit beschäftigt war, sich im ehemaligen Rebellengebiet der CNDP niederzulassen. Beim Rückzug der ruandischen Armee konnte daher die FDLR teilweise ihre alten Stellungen wiederbesetzen. Wie die LRA im Norden übte auch die FDLR bei ihrer Flucht und bei der Wiederbesetzung alter Stellungen Vergeltung an der Zivilbevölkerung aus. Nach Abzug der ruandischen Armee sieht der gemeinsame Plan vor, dass nun die kongolesische Armee zusammen mit der MONUC die Rebellen der FDLR bekämpft. Die Aktionen sollen nun auch auf die Provinz Süd-Kivu ausgedehnt werden. Aufgrund der gemeinsamen Aktionen gegen

die FDLR wird die Zahl der neuen Flüchtlinge im Nord-Kivu auf weitere 250.000 Menschen geschätzt. Insgesamt dürfte es damit im Nord-Kivu weiterhin mehr als 1 Mio. Kriegsflüchtlinge geben!

Ebenfalls im Monat Januar wurde der offizielle Führer der CNDP, der abtrünnige „General“ Laurent Nkunda in Ruanda verhaftet. Angeblich wollten ihn die gemeinsamen Truppen in Rutshuru verhaften, worauf er nach Ruanda geflüchtet sei. Nach dem Grenzübertritt ist er dann von der ruandischen Armee verhaftet worden und befindet sich bis heute noch immer unter Hausarrest in der ruandischen Grenzstadt Gisenyi. Die DR Kongo hat mittlerweile seine Auslieferung beantragt. Ruanda hat diplomatische Gespräche über eine Auslieferung mit der DR Kongo für den Monat April angekündigt. Ein internationaler Haftbefehl gegen ihn liegt noch nicht vor.

Ebenso wie schon die Zusammenarbeit zwischen der DR Kongo und Uganda ist auch die Zusammenarbeit mit Ruanda zu bewerten: Für die Zivilbevölkerung hat sich die Situation nicht unbedingt verbessert, aber es bleibt die Hoffnung, dass die beiden Länder auch in Zukunft ihre Konflikte gemeinsam und ohne Waffen lösen. Diese Hoffnung erhält jedoch schon jetzt einen faden Beigeschmack, indem Nkunda nicht an die DR Kongo ausgeliefert wird, sondern vielmehr seit 3 Monaten in Ruanda unter „Arrest“ gehalten wird. Dies erweckt den Eindruck, Ruanda plane schon für den Fall des Scheiterns der Friedensgespräche zwischen beiden Ländern. Die CNDP gilt als verlängerter Arm Ruandas in der DR Kongo. Hätte Nkunda nun selber Frieden mit der Regierung im Namen der CNDP geschlossen, so wäre er, für den Fall des Scheiterns dieses Friedens, als Rebellenführer nicht mehr tragbar gewesen. Aufgrund der nun jedoch von Ruanda und der CNDP gewählten Lösung, wäre es für Ruanda ein Einfaches, bei Bedarf Nkunda freizulassen (unter Hinweis, dass kein Haftbefehl gegen ihn vorliegt) und dieser könnte dann im Kongo eine neue Rebellion entfachen. Diese Option könnte Ruanda ziehen, sofern es mit der Entwicklung im Kongo nicht zufrieden ist und vor allem seine Interessen nicht gewahrt sind.

Betreffend weiterer Einzelheiten zur Lage im Kivu wird auf den entsprechenden Sonderbericht vom Februar verwiesen.

3. Der Rücktritt des Parlamentspräsidenten Vital Kamerhe

Parlamentspräsident Vital Kamerhe hatte im Januar nach dem Einmarsch der ruandischen Truppen im Nord-Kivu in einem Interview mit dem Sender Radio Okapi die Frage, ob er über den Einmarsch informiert gewesen sei, verneint. Im weiteren Verlauf dieses Interviews beschwerte er sich darüber, dass das Parlament nicht informiert wurde und deswegen auch der demokratische Prozess in der DR Kongo in Gefahr sei. Daraufhin unterschrieben 262 der insgesamt 500 Abgeordneten eine Forderung für eine Sondersitzung des Parlaments, in der die Regierung das Parlament über den Einmarsch informiert und Fragen beantwortet. Nachdem Vital Kamerhe dem Präsidentenbündnis der AMP angehört und auch die AMP im Parlament über die Mehrheit der Sitze verfügt, wurde diese Forderung als Affront gegen Kabila gewertet und Kamerhe als deren Drahtzieher ausgemacht. Das Präsidentenlager forderte daraufhin, den Rücktritt Kamerhes. In seiner Eröffnungsrede vor dem Parlament machte Kamerhe jedoch deutlich, dass nur die Parlamentarier über seinen Rücktritt entscheiden könnten. In einer Sondersitzung am 25.03. erklärte dann Kamerhe erwartungsgemäß seinen Rücktritt und bat die Abgeordneten, seinen Rücktritt „ohne Debatte und Votum“ zu akzeptieren. In einem späteren Interview erklärte Kamerhe, dass er diese Form des Rücktritts gewählt habe, um den demokratischen Prozess in der DR Kongo und die Bedeutung des Parlaments und der Verfassung nicht zur Farce werden zu lassen. Bis zur Wahl eines neuen Parlamentspräsidenten durch das Parlament bleibt Kamerhe im Amt.

Verfassungsrechtlich ist dieser Vorgang sicherlich sehr kritisch zu sehen. Es ist gemäß der kongolesischen Verfassung, Aufgabe des Parlaments die Regierung zu kontrollieren.

Insofern steht es auch nicht der Regierung oder gar dem Präsidenten zu, in Angelegenheiten des Parlaments einzugreifen. Die Forderung nach dem Rücktritt des Parlamentspräsidenten stellt aber genau so einen Eingriff dar. Vor diesem Hintergrund wird auch in etlichen Organisationen und Zeitungen mehr oder weniger offen die Frage nach der Verfassungstreue der Regierung gestellt.

4. Grenzstreitigkeiten mit Angola

Wie schon häufiger in der Vergangenheit kam es auch wieder im Berichtsmonat zu Grenzstreitigkeiten zwischen Angola und der DR Kongo. Während sich die Streitigkeiten früher auf das Gebiet der Provinz Bandundu beschränkten, besetzten nun erstmalig angolansische Soldaten Anfang Februar mehrere Dörfer in der Provinz Bas-Congo und hissten dort die angolansische Flagge. Infolge dieser Besetzungen floh die Bevölkerung aus den Dörfern und nächtigte ohne Lebensmittel und Trinkwasser unter freiem Himmel. In den verlassenen Dörfern kam es zu Plünderungen. Mittlerweile haben sich die angolansischen Soldaten jedoch aus den meisten Dörfern wieder zurück gezogen.

Die politischen Beziehungen zwischen der DR Kongo und Angola können jedoch nichtsdestotrotz als gut beschrieben werden. Die Grenzstreitigkeiten resultieren daher, da der tatsächliche Verlauf der Grenze unklar ist. Zwar hatten die belgischen Kolonialherren die Grenze mit Grenzsteinen markiert, diese Grenzsteine existieren jedoch häufig nicht mehr, bzw. es haben sich auch Dörfer um die Grenzsteine herum gebildet. Da Kabila vor allem auch militärisch sehr von Angola abhängig ist, ist nicht damit zu rechnen, dass diese kurzfristigen Landesbesetzungen das Verhältnis zwischen beiden Ländern momentan ernsthaft belasten können.

5. Die Folgen der Wirtschaftskrise in der DR Kongo

Die Weltwirtschaftskrise trifft die DR Kongo sehr hart. Die Rohstoffpreise sind dramatisch gesunken. Da die DR Kongo vor allem über den Rohstoffexport Einnahmen erzielt, steht der Staat mittlerweile kurz vor dem Bankrott. Bereits in den letzten Monaten wurden die Staatsbeamten und Militärs so gut wie gar nicht mehr bezahlt. Die meisten internationalen Unternehmen, die im Mienensektor tätig waren, haben mittlerweile das Land verlassen. Auch die meisten chinesischen Unternehmen haben die DR Kongo wieder verlassen – ohne ihre Rechnungen für Strom, Wasser, etc. zu bezahlen. Auf diesen Rechnungen sitzt nun auch der Staat bzw. die Staatsunternehmen. Weiterer negativer Nebeneffekt der Inflation ist ein rapides Sinken des Werts des kongolesischen Franc gegenüber dem US Dollar. In den letzten drei Monaten hat die kongolesische Währung 35% ihres Wertes gegenüber dem Dollar eingebüßt, was zu einem starken Anstieg der Preise für Importwaren führt. Für die Bevölkerung hat dies zur Folge, dass sie zwar nicht mehr verdient, aber sich die Kosten der Grundnahrungsmittel und des Transports nahezu verdoppelt haben. Der Weltwährungsfond hat wegen der internationalen Finanzkrise 195,5 Millionen US-\$ Nothilfe für die DR Kongo freigegeben.

Der Wechselkurs des FC zum US\$ beträgt derzeit 850 FC: 1 US\$. Bisher verhält sich die Bevölkerung noch verhältnismäßig ruhig und es ist aufgrund dieses Preisanstieges noch kaum zu Unruhen gekommen. Es wird jedoch allgemein erwartet, dass spätestens ein Wechselkurs von 1.000 FC: 1 US\$ „das Fass zum überlaufen bringen“ würde und dann die Bevölkerung, vor allem in der 10 Millionen Stadt Kinshasa, rebellieren wird. Von erheblicher Bedeutung wird auch das Verhalten von Polizei und Militär sein. Bereits in den Jahren 1991 und 1993 war die fortgesetzte Nichtbezahlung ihrer Gehälter, gekoppelt mit einer massiven Inflation, die Ursache für schwere Plünderungen im ganzen Land, denen sich dann auch die Zivilbevölkerung angeschlossen hat.

Kinshasa, den 10.04.2009
Götz Heinicke